

Fraktion **direkt**

62 | 08. Juli 2016

Zur Lage

Europa stärken und nicht zerreden Die EU-Mitgliedstaaten müssen beieinander bleiben



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, hält die Politik noch immer in Atem. Dieses Votum ist zweifellos – auch im Abstand von zwei Wochen betrachtet – ein tiefer Einschnitt in den europäischen Einigungsprozess. Dennoch bleibt es richtig, in Ruhe die Lage zu analysieren. Wir dürfen nicht in einen Überbietungswettbewerb mit immer neuen Vorschlägen einsteigen. Europa darf nicht zerredet werden. Vielmehr müssen wir alles tun, um Europa zu stärken. Was ist das Gebot der Stunde?

Erstens: Gerade jetzt muss alles daran gesetzt werden, dass die anderen 27 Mitgliedstaaten beieinander bleiben. Darauf zielt die Politik der Bundeskanzlerin ab. Fatal wäre, wenn in dieser Situation, die für Europa schwer genug ist, die EU-Staaten weiter auseinanderdrifteten.

Zweitens: Sicher muss immer darüber diskutiert werden, wie Europa besser gemacht werden kann. Insbesondere aus der SPD kommt dazu fast jeden Tag ein neuer Vorschlag. Nur: Niemand sollte glauben, dass gerade jetzt die Idee einer weiteren Vertiefung der EU auch nur den Hauch einer Chance auf breite Zustimmung unter den Staaten Europas hätte. Das alles sind daher bloße Schaufensterreden.

Unser Koalitionspartner sollte sich auf das Machbare konzentrieren und mit der Bundeskanzlerin an einem Strang ziehen.

Drittens: Natürlich wäre es wünschenswert, wenn die britische Regierung uns rasch sagen würde, wann sie gedenkt, den formalen Antrag auf Austritt aus der EU zu stellen. Aber es hilft wenig, wenn wir jeden Tag eine entsprechende Aufforderung an London richten. In Großbritannien herrscht derzeit politisches Chaos. Die Verantwortung dafür tragen die Brexit-Befürworter, die sich nun auch noch reihenweise zurückziehen und andere die Folgen des Referendums ausbaden lassen. Wir sollten die Situation in Ruhe verfolgen. Noch sind die Briten nicht aus der EU ausgeschieden, wenn auch das Votum der Bevölkerung ein schwerwiegender Fakt ist.

Viertens: Die Vorgänge in Großbritannien zeigen, wie Schwarz-Weiß-Maler die Bürger verführen und Staaten in komplizierte Situationen treiben können. Die Geschichte kennt dafür viele Beispiele. Das Brexit-Votum beweist dies erneut.

„Die Menschen erwarten von der Union Orientierung“

Gerade in dieser Lage erwarten die Menschen von der Union Orientierung. Ich bin zuversichtlich, dass wir sie ihnen geben können. Die Kanzlerin, CDU und CSU und nicht zuletzt die gemeinsame Bundestagsfraktion sind dazu jedenfalls bereit.



Inhalt

Europa stärken und nicht zerreden	1
Grüne handeln ideologisch	2
Abschreckung und Dialog	3
Europa am Scheideweg	4
„Integrationswille und Leistung sollen sich lohnen“	5
„Nein heißt nein“	6
Deutschland auf dem Weg zur Gigabit-Gesellschaft	7
An der Seite Israels	8
Die Weichen stellen für eine gesunde Entwicklung	9
Hilfspaket für Landwirte	10
Letzte Seite	11

Kommentar

Grüne handeln ideologisch

Maghreb-Staaten müssen sichere Herkunftsländer werden



Foto: Laurence Chaperon

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bereits vor knapp acht Wochen hat der Bundestag den Weg frei gemacht, die Länder Algerien, Marokko und Tunesien asylrechtlich als sichere Herkunftstaaten einzustufen. Die Grünen blockieren jedoch diese dringend notwendige Maßnahme seitdem über den Bundesrat. Auch in dieser Woche wird die Länderkammer das Gesetz deshalb nicht abschließen können. Die Grünen verhindern dabei nicht nur das Richtige, sie fordern zugleich das Falsche. Sie haben einen sogenannten Aktionsplan vorgelegt, der im Ergebnis noch größere Anreize für Flüchtlinge schafft, nach Deutschland zu kommen.

Der Abgleich der Forderungen der Grünen mit der Realität zeigt deutlich, dass diese nicht logisch, sondern ideologisch handeln. Eine Einstufung als sicherer Herkunftstaat wirkt. Seit der Aufnahme der Westbalkanstaaten in die Liste der sicheren Herkunftstaaten sind die Asylbewerberzahlen aus diesen Ländern drastisch zurückgegangen. Im Falle der Maghreb-Staaten hat bereits die Ankündigung der Einstufung zu einem deutlichen Rückgang geführt. Der Ankündigung muss nun auch der Beschluss folgen, sonst macht sich Deutschland in der Region unglaublich. Wir brauchen die Entscheidung, damit die Menschen sich gar nicht erst auf den Weg machen.

Die Gründe, die die Grünen für ihre Blockade ins Feld führen, sind fadenscheinig. Es sind fast ausschließlich ökonomische Motive, die Migranten aus Marokko, Algerien und Tunesien zur Stellung eines Asylantrages in Deutschland bewegen. Dabei sind die Anerkennungsquoten verschwindend gering. Sie liegen teilweise unter dem Niveau der Balkanstaaten, deren Einstufung die Grünen im Bundesrat zugestimmt haben.

Die Grünen wollen den Eindruck erwecken, dass die Einstufung quasi zur automatischen Ablehnung eines jeden Asylantrages führen würde. Das ist Unsinn. Jeder Mensch aus einem sicheren Herkunftsstaat hat das Recht auf ein faires, individuelles Asylverfahren. Jeder, der in seinem Heimatland verfolgt ist, etwa aufgrund seiner Religionszugehörigkeit, kann in Deutschland einen Antrag auf Asyl stellen.

Mit ihrer Blockade schaden die Grünen den Bundesländern, in denen sie mitregieren. Gerade die Länder, die stets die Last der Kosten für die Aufnahme und Integration von Asylsuchenden beklagen, müssen dieser Entlastung doch zustimmen. Besonders grotesk ist die Haltung der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Noch im Frühjahr hat sie mit Blick auf Migranten aus Nordafrika von einer „Problemklientel“ gesprochen und einen Aufnahmestopp für diese Gruppe erklärt. Nun zögert sie bei der Einstufung, die genau die vorher geforderte Wirkung hat.

Die Koalition hat eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der Flüchtlingssituation umgesetzt. Die Asylpakete zeigen bereits Wirkung. Das Integrationsgesetz, das wir in dieser Woche beschlossen haben, setzt konsequent auf das Prinzip „Fördern und Fordern“. Die Einstufung von Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftstaaten ist ein wichtiger Baustein in diesem Paket. Auch die Grünen müssen einsehen, dass es Zeit ist, Blockaden zu beenden und endlich verantwortlich zu handeln.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Abschreckung und Dialog

Doppelstrategie im Verhältnis NATO-Russland – Regierungserklärung der Kanzlerin zum Warschauer Gipfel

Foto: picture alliance / dpa



Bundeskanzlerin Merkel gibt Regierungserklärung zum NATO-Gipfel ab

Im Verhältnis der NATO zu Russland setzt Bundeskanzlerin Angela Merkel auf das bewährte Prinzip Abschreckung und Dialog. Vor dem NATO-Gipfel in Warschau sagte Merkel in einer Regierungserklärung am Donnerstag im Bundestag, Abschreckung und Dialog gehörten „untrennbar zusammen“. Ebenso wichtig sei die Solidarität mit den Bündnispartnern im Osten. Sie betonte, dass das transatlantische Bündnis mit seinem Bekenntnis zum gegenseitigen Beistand ein „zutiefst defensives Konzept“ verfolge.

Deutschland und die NATO haben Merkel zufolge großes Interesse an einem konstruktiven Verhältnis zu Russland. „Dauerhafte Sicherheit in Europa ist nur mit Russland und nicht gegen Russland zu erreichen“, sagte die Kanzlerin. Allerdings habe Russland mit seiner völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und den kriegerischen Handlungen, die es in der Ostukraine schüre, die östlichen Alliierten der NATO zutiefst verstört und verunsichert. „Sie bedürfen daher der eindeutigen Rückversicherung durch die Allianz“, betonte sie. Die NATO wird in den baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland sowie in Polen vier Bataillone mit je rund tau-

send Soldaten stationieren, die alle sechs bis neun Monate rotieren. Deutschland beteiligt sich daran als eine von vier Rahmennationen.

*„Gespräche müssen
auf Augenhöhe
stattfinden“*

Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sprach sich für die Doppelstrategie von Abschreckung und Dialog aus. „Natürlich müssen wir miteinander reden, aber diese Gespräche müssen auf Augenhöhe stattfinden“, sagte Kauder. Man wolle keine Spirale der Aufrüstung, aber man habe aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Erst die NATO-Nachrüstung im Kalten Krieg habe dazu geführt, dass beide Seiten zu einem friedlicheren Umgang miteinander gekommen seien. Scharf kritisierte Kauder Äußerungen, in denen die NATO als aggressiv dargestellt wurde. Die NATO sei „ein Bündnis, das ausschließlich defensiv angelegt ist“, betonte der Fraktionsvorsitzende. Die

Aggression komme von anderer Seite.

Eine aggressive Politik bescheinigte der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte, der russischen Führung. Die NATO müsse darauf mit Bereitschaft zur Verteidigung, zur Ertüchtigung und zum Dialog reagieren. Vom Warschauer Gipfel müsse daher ein Zeichen der Geschlossenheit und Entschlossenheit der 28 Mitgliedstaaten ausgehen.

Im Anschluss an den Gipfel findet ein NATO-Russland-Rat statt. Merkel bedauerte es, dass Russland das Angebot des Bündnisses nicht angenommen hat, bereits vor dem Gipfel zu dem Gespräch zusammengelassen. So hätte man leichter Missinterpretationen vorbeugen können, sagte sie. In dem Zusammenhang bekräftigte sie, dass der Raketenabwehrschirm der NATO, der in Rumänien und Polen errichtet wird, sich nicht gegen Russland richte, sondern gegen Bedrohungen aus dem Nahen Osten, etwa aus dem Iran. Die strategische Balance zwischen der NATO und Russland werde dadurch nicht beeinträchtigt.

Trendumkehr im Verteidigungshaushalt

Thema des Warschauer Gipfels am Freitag und Samstag werden auch die Ausgaben der 28 Mitgliedstaaten für die Verteidigung sein. Nach Vorstellungen der NATO soll die Höhe des Verteidigungsetats bei zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen. Deutschland unterschreitet dieses Ziel zwar auch, doch wies die Kanzlerin auf die geplanten signifikanten Erhöhungen des Militärbudgets hin. So seien im Haushalt für das kommende Jahr 39 Milliarden Euro vorgesehen. „Der Ansatz zur Trendumkehr ist deutlich erkennbar“, sagte Merkel. Darin spiegelte sich auch die gestiegene internationale Verantwortung Deutschlands. Otte sagte, die stärkere finanzielle, personelle und materielle Ausstattung der Bundeswehr sei eine „gute Investition in Frieden und Freiheit“.

Europa am Scheideweg

Unionsfraktion warnt vor voreiligen Schritten nach dem Austrittsreferendum der Briten – Großbritannien bleibt enger Partner

Nach dem Brexit-Referendum steht die Europäische Union an einem Scheideweg. Der Entschluss der Briten, die EU zu verlassen, wird zahlreiche Konsequenzen nach sich ziehen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vollständig absehbar sind. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion plädiert deshalb dafür, in dieser Situation keine voreiligen Schritte zu unternehmen. Nur wenn der Scheidungsprozess geordnet abläuft, können die EU der 27 und Großbritannien gute Partner bleiben. Dies ist notwendig, denn auf den Gebieten Wirtschaft, Handel und Sicherheitspolitik sind beide Seiten eng miteinander verwoben.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder erklärte: „Es liegt zunächst einmal an Großbritannien selbst, festzulegen, wie es sein zukünftiges Verhältnis zur Europäischen Union gestalten möchte.“ Bevor die Austrittsverhandlungen beginnen können, müssen die Briten zunächst der EU ein förmliches Gesuch einreichen. Zunächst jedoch muss sich in London eine neue Regierung bilden. Jetzt sei „keine Zeit für Schnellschüsse“, betonte daher der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus. Der Verhandlungsprozess wird voraussichtlich zwei Jahre dauern.

Die Unionsfraktion hat in der vergangenen Woche deutlich gemacht, dass Großbritannien nicht mit Privilegien rechnen kann. Wenn das Land weiterhin Zugang zum Binnenmarkt haben will, muss es seinerseits die Personenfreizügigkeit akzeptieren. „Rosinenpickerei“ könne es nicht geben, unterstrich der europapolitische Sprecher der Fraktion, Michael Stübgen. Die Freizügigkeit für Güter, Kapital, Personen und Dienstleistungen innerhalb des Binnenmarktes gehören zusammen.

Auch Brinkhaus sprach sich dafür aus, in den Verhandlungen klare Grenzen zu setzen. Kritisch bewertete er die Ankündigung des britischen Finanzministers George Osborne, die



Foto: picture alliance / NurPhoto

Demonstrantinnen auf einer proeuropäischen Kundgebung in London

Körperschaftssteuer zu senken und Großbritannien so im Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen zu stärken. Steuerdumping anzudrohen könne die Austrittsverhandlungen erschweren, warnte Brinkhaus. Gleichzeitig mahnte er: „Wir müssen mit dem Vereinigten Königreich fair umgehen.“ Der innenpolitische Sprecher Stephan Mayer wies darauf hin, dass Großbritannien für Deutschland auch außerhalb der EU ein enorm wichtiger Partner bleibe. Man müsse die bilateralen Beziehungen daher weiter festigen.

„Europa muss sich nicht neu erfinden“

Auch die EU muss nach Auffassung der Unionsfraktion in Ruhe darüber nachdenken, wie sie sich künftig aufstellt. Kauder betonte: „Europa muss sich nicht neu erfinden.“ Ein neuer EU-Vertrag, der über Jahre verhandelt werden müsste und am Schluss in einigen Mitgliedstaaten ein Referen-

dum erfordern würde, sei nicht nötig. Der geltende Lissabon-Vertrag lasse genug Raum für das, was dringend gebraucht werde: eine engere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, einen besseren Grenzschutz und eine gemeinsame Asylpolitik. Gerade in der Flüchtlingskrise hat sich laut Kauder gezeigt, woran es mangelt: nicht am vertraglichen Rahmen, sondern an der Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander.

Mayer plädierte für einen stärkeren Bürgerdialog seitens der Europäischen Union. „Die Lücke zwischen den 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und der politischen Elite ist zu groß geworden.“ Die EU brauche keine grundlegende Reform, sondern eine bessere, offene Kommunikation. Fehlentwicklungen dürften nicht verschleiert werden. Kauder regte an: „Damit Europa für die Bürger wieder attraktiver wird, sollte es sich auf die großen Themen konzentrieren, darauf, dass die Gemeinschaft im globalen Wettbewerb bestehen kann.“ All das, was die Nationalstaaten und die Regionen besser regeln können, sollte an sie zurückverlagert werden.

„Integrationswille und Leistung sollen sich lohnen“

Karl Schiewerling über das neue Integrationsgesetz



Foto: Teamfoto Marquardt

Karl Schiewerling

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mehr als eine Million Flüchtlinge sind im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen. Bei der Bewältigung der unmittelbaren Herausforderungen wurde bereits viel geleistet. Nun geht es darum, die anerkannten Flüchtlinge zu integrieren. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag ein Integrationsgesetz. Über die Einzelheiten sprach „Fraktion direkt“ mit dem arbeits- und sozialpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling.

Herr Schiewerling, bei der Integration gilt das Prinzip des „Förderns und Forderns“. Wozu werden Asylbewerber verpflichtet und wie werden sie unterstützt?

Schiewerling: Fördern und Fordern ist ein zweiseitiger Prozess: Der Staat macht Schutzsuchenden gute Integrationsangebote; der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationskursen wird verbessert. Zu Rechten gehören aber auch Pflichten. Wer die Integrationsangebote nicht in Anspruch nimmt, dem werden Leistungen gekürzt. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die

deutsche Sprache lernen, muss aus eigener Kraft für seinen Lebensunterhalt sorgen können und unsere Werte anerkennen.

Welche Anreize gibt es für Asylbewerber, schnell die deutsche Sprache zu erlernen und eine Arbeit zu suchen?

Schiewerling: Anerkannte Flüchtlinge erhalten laut geltendem Recht, das Rot-Grün 2004 eingeführt hat, schon nach drei Jahren ein unbefristetes Daueraufenthaltsrecht – egal, ob sie sich bemüht haben, auch nur Grundkenntnisse unserer Sprache zu erwerben oder ob sie ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise aus eigener Kraft zu bestreiten vermögen. Die Niederlassungserlaubnis ist in jedem Fall nach drei Jahren gesichert. Eine solche Regelung schafft keine Integrationsanreize, im Gegenteil: Das nimmt jeder Integrationsforderung den Nachdruck.

Deshalb hat die CDU/CSU-Fraktion jetzt eine Änderung durchgesetzt: Nur wer ausreichende Sprachkenntnisse besitzt und seinen Lebensunterhalt weitgehend zu sichern vermag, soll künftig überhaupt die Niederlassungsfreiheit erhalten. Flüchtlinge, die unsere Sprache besonders rasch erlernt und früh eine Arbeit gefunden haben, erhalten sie weiterhin nach drei Jahren.

Damit signalisieren wir: Leistung und Integrationswille lohnen sich. Wer sich anstrengt, der hat in Deutschland alle Möglichkeiten.

Vielen Flüchtlingen fehlt die berufliche Qualifikation oder ihre Ausbildung entspricht nicht deutschen Anforderungen. Wie kann man sie an den Arbeitsmarkt heranzuführen?

Schiewerling: Mit dem Integrationsgesetz haben wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt, um Hürden abzubauen. Ich will drei herausgreifen: Es werden erstens 100.000 Arbeitsgelegenheiten, sogenannte

Ein-Euro-Jobs, geschaffen, um Flüchtlingen ein niedrigschwelliges Angebot zu machen.

Zweitens stellen wir sicher, dass Asylbewerber und Geduldete, die sich in einer betrieblichen Ausbildung befinden, für die gesamte Zeit der Ausbildung bleiben können. Das Bleiberecht gilt auch noch zwei Jahre danach, wenn sie weiterbeschäftigt werden. Das schafft Rechtssicherheit für den Auszubildenden und für den Betrieb – was die Einstellung erleichtert.

Eine oft beklagte Hürde für die Integration in den Arbeitsmarkt ist zudem die Vorrangprüfung. Danach kann ein Arbeitsplatz nur dann von einem ausländischen Arbeitssuchenden besetzt werden, wenn kein deutscher, EU-Ausländer oder anerkannter Flüchtling als Arbeitnehmer zur Verfügung steht. Dort, wo die Arbeitslosigkeit niedrig ist, soll diese Vorrangprüfung für Asylbewerber und Geduldete jetzt entfallen. Damit wird zugleich auch die Leiharbeit für diese Gruppe geöffnet.

„Ghetto-Bildung in Städten vorbeugen“

Asylbewerbern kann künftig ein bestimmter Wohnort zugewiesen werden. Was wird damit bezweckt?

Schiewerling: Mit der Wohnsitzauflage wollen wir der Ghetto-Bildung und dem Entstehen von Parallelgesellschaften vorbeugen. Für das Gelingen der Integration ist ganz entscheidend, dass Flüchtlinge in ihrem Wohnumfeld Kontakte zur einheimischen Bevölkerung knüpfen können. Das gilt insbesondere dann, wenn ein Flüchtling keine Arbeit hat und die Integration mit Hilfe von Arbeitskollegen nicht möglich ist.

„Nein heißt nein“

Union setzt umfassende Reform des Sexualstrafrechts durch – Vergewaltigungsparagraf wird neu gefasst

Nach den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten ist das veraltete Sexualstrafrecht in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Doch auch schon vorher haben sich die Rechtspolitiker der Union dafür stark gemacht, bestehende Schutzlücken im Sexualstrafrecht zu schließen. Dieser beharrliche Einsatz hat sich auszahlt. Mit der am Donnerstag im Deutschen Bundestag verabschiedeten umfassenden Reform wird das Recht von Frauen auf sexuelle Selbstbestimmung künftig besser geschützt.

In Zukunft ist eine sexuelle Handlung – beispielsweise eine Vergewaltigung – auch dann strafbar, wenn der Täter keine Gewalt anwendet oder sein Opfer nicht nötigt. Es gilt fortan die Losung: „Nein heißt nein.“ Danach reicht es aus, wenn der Täter sich mit seinen sexuellen Handlungen über den erkennbaren Willen des Opfers hinwegsetzt. Dies ist der Fall, wenn zum Beispiel eine Frau durch Worte, Weinen oder abwehrende Gesten deutlich zum Ausdruck bringt, dass sie keine sexuelle Handlung wünscht. Der neue Vergewaltigungsparagraf erfasst auch jene Fälle, in denen das Opfer keinen Widerwillen bilden kann, zum Beispiel weil es schläft, ohnmächtig ist oder überrascht wurde.

„Grapschen“ ist zukünftig strafbar

Mit der Reform wird außerdem der Straftatbestand der „sexuellen Belästigung“ eingeführt. Darunter fallen unsittliche Berührungen wie das Begrapschen der bekleideten Brust oder auch der Griff in den Schritt. Derartige Handlungen stellen massive und traumatisierende Übergriffe dar, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Der neue Straftatbestand stellt dies unmissverständlich klar.

Übergriffe aus Gruppen sind noch traumatisierender als Übergriffe eines Einzeltäters. Die Übermacht einer Horde bringt die Opfer in eine Situation besonderer Schutzlosigkeit. Zu-

dem lässt sich die einzelne Tathandlung schwer beweisen. Das haben nicht zuletzt die Übergriffe in der Silvesternacht gezeigt. Der Union war es deshalb ein wichtiges Anliegen, dass sich in Zukunft auch derjenige strafbar macht, der Teil einer Gruppe ist, die eine andere Person bedrängt und diese sexuell belästigt oder nötigt. Das Gruppenmitglied muss nur den allgemeinen Vorsatz haben, eine Straftat zu verüben, nicht jedoch ein konkretes Sexualdelikt. Der Täter kann sich also nicht mehr damit herausreden, dass er dachte, die anderen Gruppenmitglieder wollten nur einen Diebstahl oder Raub begehen.



©Dan Race Fotolia.com

Mit der Reform des Sexualstrafrechts wird auch das Ausländerrecht angepasst. Es wird in Zukunft leichter möglich sein, Straftäter, die das sexuelle Selbstbestimmungsrecht anderer missachten, auszuweisen.

Prostituierte besser schützen

Bundestag verabschiedet Gesetze gegen Ausbeutung und Menschenhandel

Prostituierte werden künftig besser geschützt. Der Bundestag hat am Donnerstag auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion entsprechende Gesetze verabschiedet. Sie sehen zum einen umfassende Regelungen für das legale Prostitutionsgewerbe, zum anderen einen besseren Schutz von Zwangsprostituierten und Maßnahmen gegen den Menschenhandel vor.

Bei der Regelung der legalen Prostitution geht es darum, Ausbeutung, Fremdbestimmung und Gewalt einzudämmen. Menschenunwürdige Angebote wie Flatrate-Modelle oder Gang-Bang-Partys werden verboten. Ein Bordell betreiben kann in Zukunft nur, wer als zuverlässig gilt und gesetzliche Mindestanforderungen erfüllt.

Prostituierte müssen ihre Tätigkeit persönlich anmelden. Voraussetzung dafür ist eine jährliche persönliche Gesundheitsberatung. So erhalten vor allem Prostituierte, die für einen Zuhälter arbeiten, Gelegenheit zu einem vertraulichen Gespräch außerhalb ihres Milieus. Um Prostituierte unter 21 Jahren besser schützen zu können, sind für sie kürzere Anmelde- und Beratungsintervalle vorgesehen.

Zuhältern wird verboten zu bestimmen, ob, auf welche Weise und wie oft sexuelle Handlungen vorgenommen werden. Außerdem wird es eine Kondompflicht geben, damit Prostituierte gegenüber ihren Zuhältern und Freiern auf geschützten Sexualverkehr bestehen können.

Freier von Zwangsprostituierten machen sich strafbar

Freier von Zwangsprostituierten machen sich in Zukunft strafbar. Ein Freier, der Anzeichen von Zwangsprostitution erkennt, kann sich nicht mehr mit dem Satz herausreden: „Ich hab' bezahlt, der Rest ist mir egal!“ Um Menschenhändlerbanden auf die Spur zu kommen, können Ermittler künftig zum Mittel der Wohnraumüberwachung greifen.

Deutschland auf dem Weg zur Gigabit-Gesellschaft

Bundestag beschließt Gesetz zum effizienteren Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen



Die Zukunft ist digital, und die Bundesregierung ergreift umfassende Maßnahmen, um Deutschland sicher in das neue Zeitalter zu führen. Dazu gehört, den Netzausbau im gesamten Bundesgebiet schnellstmöglich voranzubringen. Am Freitag hat der Deutsche Bundestag nun das sogenannte DigiNetz-Gesetz verabschiedet, das den Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze erheblich erleichtern soll.

Mit dem Gesetz wird im Wesentlichen eine Richtlinie der Europäischen Union zur Reduzierung der Kosten für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen umgesetzt. Ziel ist es, insbesondere die Grabungskosten für den Breitbandausbau zu senken, denn diese machen 80 Prozent der gesamten Ausbaukosten aus. Insgesamt sollen auf diesem Weg in den nächsten drei Jahren mehrere Milliarden Euro eingespart werden.

Konkret sieht das Gesetz zahlreiche Maßnahmen im Hinblick auf die Planung und Ausführung von Tiefbauarbeiten vor. So müssen bei der Erschließung von Neubaugebieten zukünftig Glasfasern mitverlegt werden. Damit wird nicht nur sichergestellt, dass der Anschluss von Neubaugebie-

ten schon mit modernster Infrastruktur erfolgt, sondern damit wird auch das Synergiepotenzial von öffentlich finanzierten Bauarbeiten voll ausgeschöpft.

Mehr Bürger ans Netz bringen

Insgesamt sollen die Telekommunikationsnetzbetreiber einen leichteren Zugriff auf die vorhandene Infrastruktur, etwa auf Leitungsrohre, haben. Dafür erhalten sie einen Rechtsanspruch darauf, beispielsweise bestehende Strom- oder Abwassernetze zum Breitbandausbau mitnutzen zu dürfen. „Cleverer Telekommunikationsanbieter können so deutlich Ausbaukosten sparen und damit zukünftig mehr Bürger per Glasfaser an das Internet anschließen“, erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Ulrich Lange.

Bei Neubauten und größeren Gebäuderenovierungen ist sogar eine Pflicht zur Verlegung von leeren Rohren vorgesehen. Dadurch kann der Glasfaseranschluss zu gegebener Zeit schnell und kostengünstig bis in die Wohnungen gelegt werden. Bei Einfamilienhäusern bleibt die Verlegung leerer Rohre freiwillig. Schließlich

wird auf dem Land die oberirdische Verlegung von Glasfaserleitungen hin zu einsam gelegenen Häusern in Ausnahmefällen erleichtert. „Im Sinne der betroffenen Bürger müssen wir hier für pragmatische Lösungen offen sein“, sagte Lange.

Bessere Voraussetzungen für hochmoderne 5G-Netze

Der digitalpolitische Sprecher der Union, Thomas Jarzombek, betonte, dass mit dem Gesetz außerdem der Ausbau von in der Entwicklung befindlichen, noch schnelleren Mobilfunknetzen vereinfacht werde: „Laterne oder Ampeln können jetzt als Standorte für Mobilfunksender mitgenutzt werden. Das senkt die Ausbaukosten für hochmoderne, engmaschige 5G-Netze und schafft eine gute Basis für innovative Anwendungen wie das automatisierte Fahren.“

Um die Transparenz über die Infrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze zu erhöhen und den Netzausbau damit insgesamt besser zu koordinieren, wird bei der Bundesnetzagentur eine zentrale Informationsstelle eingerichtet.

An der Seite Israels

Fachgespräch der Unionsfraktion – Warnung vor Antisemitismus im fundamentalistischen Islam



Foto: picture alliance / dpa

Demonstration gegen Antisemitismus in Berlin

Mit Hassparolen gegen Israel zogen am vergangenen Samstag hunderte Demonstranten über den Kurfürstendamm in Berlin. Der jüdische Staat wurde als „Kindermörder“ oder „Krebsgeschwür“ verunglimpft, das Demonstrationsrecht für die Forderung nach Vernichtung Israels missbraucht. Dies ist nur ein Beispiel für wachsenden Antisemitismus in Deutschland, der der CDU/CSU-Bundstagsfraktion zunehmend Sorge bereitet.

Verstärkt wird diese beunruhigende Tendenz durch die Tatsache, dass viele der Flüchtlinge und Asylbewerber, die in den letzten Monaten ins Land kamen, einem Kulturkreis entstammen, in dem Vorurteile und Hass gegen Juden zum festen Bestandteil der dortigen Gesellschaft gehören. In einem Fachgespräch mit Experten analysierte die Fraktion den Antisemitismus im fundamentalistischen Islam und diskutierte über Maßnahmen, wie Staat und Zivilgesellschaft in Deutschland dem entgegentreten können.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann, die

gleichzeitig auch stellvertretende Vorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe ist, präsentierte erschreckende Zahlen: Laut einer Umfrage ist der Nahe Osten die Region mit der größten Verbreitung von Antisemitismus; 75 Prozent der Menschen dort hassen die Juden. Umso wichtiger ist das Bekenntnis Deutschlands und insbesondere von CDU und CSU, an der Seite Israels zu stehen. „Israel hat nicht nur ein Existenzrecht. Es hat auch einen Anspruch auf Freunde in Deutschland, die für dieses Existenzrecht einstehen“, sagte Connemann.

Islamisten umwerben Flüchtlinge

Thomas Haldenwang, Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, berichtete von einer wachsenden Zahl von Islamisten in Deutschland. Innerhalb von zwei Jahren habe beispielsweise die radikale Strömung der Salafisten die Zahl ihrer Anhänger auf 8.900 verdoppelt. Allein in Flüchtlingsheimen habe es mehr als 300 Anwerbeversuche gegeben. Glücklicher-

weise seien die Rekrutierungsversuche bislang nicht erfolgreich gewesen, sagte Haldenwang, „denn viele der Flüchtlinge sind vor den Gräueltaten des sogenannten Islamischen Staates geflohen und radikalem Gedankengut nicht zugetan.“ Allerdings sieht Haldenwang durchaus die Gefahr, dass sich die jungen muslimischen Flüchtlinge noch radikalieren könnten, wenn sich deren Erwartungen an das Leben in Deutschland nicht erfüllten. Lala Süsskind vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus forderte deshalb ein „lebenswertes Leben für Flüchtlinge“. Man müsse sie herausholen aus den Heimen und integrieren.

Werte des Grundgesetzes nicht verhandelbar

Die Journalistin und Jesidin Düzen Tekkal sieht Deutschland auf dem „Weg von der Willkommens- zu einer Ankommenskultur“. Die Flüchtlinge müssten auf die Werte des Grundgesetzes wie Glaubensfreiheit oder Gleichberechtigung von Mann und Frau verpflichtet werden. „Davon sollte das Bleiberecht abhängig gemacht werden.“ Deidre Berger vom American Jewish Committee und Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden, kritisierten die patriarchalisch dominierten Strukturen in muslimischen Familien. Viele von ihnen erzögen ihre Kinder antijüdisch und indoktrinierten sie mit ihrem Hass gegen Israel. Wichtig seien deshalb spezielle Integrationskurse für Kinder und Jugendliche. Über sie könnte man auch an die Eltern herankommen.

Kritisiert wurde die mangelnde Kritikfähigkeit des Islam. Oft fehle die Stimme der säkularen Muslime. Die Teilnehmer des Fachgesprächs waren sich einig, dass die muslimischen Verbände stärker in die Pflicht genommen werden müssten.

Die Weichen stellen für eine gesunde Entwicklung

Fachgespräch der Fraktion über die Bedeutung der ersten 1.000 Tage im Leben eines Kindes – Ernährung als prägender Faktor



Foto: Steven Rösler

Fraktionsvize Gitta Connemann beim Fachgespräch über frühkindliche Ernährung

Die ersten 1.000 Tage im Leben eines Kindes sind für seine Entwicklung und seine Gesundheit auch im Erwachsenenalter prägend. Neueste wissenschaftliche Forschungen zeigen, dass die Ernährung der Mutter während der Schwangerschaft sowie die Ernährung des Säuglings in den ersten zwei Jahren nicht nur das spätere Essverhalten des Kindes mitbestimmt, sondern die Risiken für Allergien, Übergewicht oder Diabetes beeinflusst. Deshalb müssen die Weichen für eine gesunde Entwicklung früh gestellt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diskutierte am Mittwoch mit Experten und Politikern darüber, wie die Rahmenbedingungen für Prävention und Versorgung verbessert werden können.

Angesichts der raschen Ausbreitung von Diabetes und Übergewicht bei Kindern müsse die Politik reagieren, verlangte die stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Gitta Connemann. Dabei gehe es nicht nur um die Minderung des Leidensdrucks des einzelnen, sondern auch um die sozio-ökonomischen Folgen für die Gesellschaft. So betrügen die Kosten für die Behandlung und Versorgung von Diabetes-Patienten inzwischen 21 Milliarden Euro pro Jahr, was elf

Prozent der Ausgaben der Krankenkassen ausmache. Folglich sei es richtig, mehr auf Prävention zu setzen. Connemann bekräftigte die Forderung der Union nach Schaffung eines Bundesinstituts für Ernährung, das sich auch mit Fragen der frühkindlichen Entwicklung beschäftigen solle.

Entwicklungssprung von der Eizelle zum Kleinkind

Bundesforschungsministerin Johanna Wanka betonte, dass die Entwicklung und Gesundheit von Kindern nicht nur durch die genetische Ausstattung oder das familiäre Umfeld beeinflusst werde, sondern maßgeblich durch die Ernährung. Die Forschung habe sogar ergeben, dass die Ernährung in der Schwangerschaft Auswirkungen auf die genetische Disposition des Kindes habe. So würden Gene durch eine bestimmte Nahrungszufuhr ein- oder ausgeschaltet. Positiv beeinflusst werden könne die Entwicklung durch richtige Ernährung auch im Säuglingsalter. Forscher hätten beispielsweise herausgefunden, dass Säuglinge, die regelmäßig Fisch erhielten, in Sehtests besser abschnitten. Mit Blick auf die enorm gestiegene Lebenserwartung müsse man früh die Weichen

dafür stellen, dass die Menschen möglichst lange ein gutes, gesundes Leben hätten, sagte sie.

Warum die ersten 1.000 Tage von der Eizelle bis zum Kleinkind so bedeutsam sind, erläuterte der Ernährungsexperte von der Ludwig-Maximilians-Universität München, Berthold Koletzko. In dieser Zeit steigere der Säugling sein Gewicht um das Millionenfache. Jenseits der Massenzunahme entstünden aber auch die Organe, entwickle sich das Hirn. Die spätere Körpergröße, die Gesundheit und Leistungsfähigkeit würden geprägt. So könne mit Folsäure Fehlbildungen im Mutterleib vorgebeugt werden und mit Omega-3-Fettsäuren das Risiko extremer Frühgeburten verringert werden. Die Langzeiteffekte des Stillens sei eine geringere Neigung zu Ekzemen, chronischen Darmentzündungen und Diabetes. Sogar die Intelligenzentwicklung könne angeregt und somit das spätere Einkommen beeinflusst werden.

Nationales Forschungszentrum gefordert

Koletzko bedauerte, dass Deutschland kein nationales Forschungszentrum für Kindergesundheit habe. Um die Prävention zu befördern, gebe es aber einfache und kostengünstige Maßnahmen wie die Beratung Schwangerer oder die Verbreitung von Ernährungsempfehlungen nicht zuletzt über Multiplikatoren.

Die frühkindliche Ernährung über Gesetze zu regeln, lehnte Wanka ab. Damit könne man die Menschen allenfalls kurzfristig aufrütteln. Langfristig seien Aufklärung und Prävention zielführender. Wanka sprach sich dafür aus, Wissen über Nahrungsmittel und Essenszubereitung auch in der Schule zu vermitteln. Die Schulen sollten wieder Schulküchen einführen, statt sich von Caterern beliefern zu lassen. Nebenbei könnten die Schüler so auch wieder ans Kochen herangeführt werden.

Hilfspaket für Landwirte

Fraktion beschließt Maßnahmenpapier für Höfe in der Krise



Viele Bauernfamilien in Deutschland kämpfen um ihre Existenz. Ihre Höfe leiden unter den Preiseinbrüchen für Milch, Fleisch, Obst und Getreide. Denn die Nachfrage aus dem Ausland, zum Beispiel aus Russland, ist eingebrochen. Der heimische Markt quillt über. Der Handel nutzt das Überangebot für extreme Preissenkungen zu Lasten der Erzeuger. In dieser außerordentlichen Krise springt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Bauern zur Seite. Die Fraktion beschloss am Dienstag ein Maßnahmenpapier, das unter Federführung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gitta Connemann entstanden war.

Als ihr wichtigstes Ziel betrachten CDU und CSU es, den Höfen wieder mehr Liquidität zu verschaffen. Dazu beitragen soll ein weiteres EU-Hilfsprogramm, für das sich Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt einsetzt. Bereits 2015 hatte die EU ein Liquiditätsprogramm im Umfang von rund 70 Millionen Euro aufgelegt.

Auf nationaler Ebene soll ein Bürgschaftsprogramm auf den Weg gebracht werden. Denn die Hausbanken der Bauern sind nicht mehr bereit, das Risiko eines Kreditausfalls allein zu tragen. Die Unionsfraktion will die Banken von diesem Risiko teilweise freistellen, indem der Bund eine Garantieverklärung für ungesicherte Kredite abgibt. Die staatliche Bürgschafts-

quote soll bei mindestens 60 Prozent liegen, der Darlehenshöchstbetrag bei 300.000 Euro pro Hof. Die Länder sollen sich nach Auffassung der Fraktion am Bürgschaftsprogramm beteiligen: „Von den allermeisten Ländern hören die Bauern bislang nur warme Worte. Ihnen hilft aber nur harte Münze“, heißt es in dem Papier.

Steuerliche Erleichterungen

Um Geld auf die Höfe zu bringen, wird der Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in diesem Jahr um 78 Millionen Euro auf 178 Millionen aufgestockt – dieselbe Summe ist auch im Haushaltstopf für 2017 eingeplant. Zu den in Aussicht gestellten steuerlichen Maßnahmen zählt unter anderen die Einführung eines befristeten Freibetrages für Gewinne, wenn diese in die Schuldentilgung fließen. Außerdem soll den Bauern rückwirkend die Möglichkeit einer Gewinnglättung über drei Jahre gegeben werden. Indem sie den Gewinn über mehrere Jahre verteilen, können sie Belastungsspitzen vermeiden.

Bei der anstehenden Novelle des Kartellrechts soll eine Verschärfung der Regelungen zum Missbrauch von Nachfragemacht geprüft werden. Dies richtet sich an die Adresse der Handelsriesen, die den Bauern die Preise

diktieren. Das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis soll verlängert und strenger gefasst werden. „Gute Lebensmittel müssen ihren Preis haben“, heißt es in dem Papier.

Weniger Auflagen

Staatliche Mengenregulierung lehnt die Unionsfraktion kategorisch ab. Stattdessen will sie die Branche selbst in die Pflicht nehmen, um die Mengen an Milch und Fleisch auf dem Markt zu reduzieren. Mit dem Agrarmarktstrukturgesetz wurden der Branche Instrumente an die Hand geben, Produktionshöchstmengen festzusetzen und diese für allgemeinverbindlich zu erklären. Das beste Instrument helfe aber nicht, wenn es nicht genutzt werde, befindet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie erwartet, dass diese Möglichkeit zu Preisabsicherungen auch von Genossenschaften genutzt wird.

Von neuen Auflagen für die Agrarbranche will die Fraktion indes absehen: „Forderungen nach noch mehr Regulierung – wie jetzt bei erneuten Versuchen, die Düngeverordnung noch weiter zu Lasten der Landwirtschaft zu verschärfen – können das Fass zum Überlaufen bringen“, befürchtet sie.

Für Sicherheit und Wohlstand

Dreijahresbilanz der Fraktion

Die deutsche Wirtschaft wächst, die Zahl der Beschäftigten hält sich auf Rekordniveau. Dafür haben die unionsgeführten Regierungen unter Angela Merkel die Weichen gestellt – unterstützt durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Welche Maßnahmen im Einzelnen die große Koalition in den vergangenen drei Jahren ergriffen hat, um Deutschland auf gutem Kurs zu halten, beschreibt ein neuer Informationsflyer der Fraktion. Ein weiterer Infolyer erklärt, wie die Koalition die Integration der Flüchtlinge fördert, die im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen sind.

Die Dreijahresbilanz der Koalition kann sich sehen lassen: Da ist zum einen die solide Haushaltspolitik, die auf neue Schulden genauso verzichtet wie auf Steuererhöhungen. Da sind zum anderen Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur, in Forschung und Innovationen, damit der Übergang in das digitale Zeitalter gelingt. Das Informationsfaltblatt erläutert darüber hinaus die wertebundene Außen- und Sicherheitspolitik, die Haltung zu Europa und zum Euro. Im Mittelpunkt stehen auch die soziale Sicherheit, die Unterstützung für Frauen und Familien sowie der Wandel in der Landwirtschaft.

Integration fördern

Dem Thema Integration widmet sich ein eigenes Faltblatt. Beim Umgang mit den Menschen, die in Deutschland eine Bleibeperspektive haben, geht es um das Prinzip des Förderns und Forderns. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die deutsche Sprache lernen, unsere Werte anerkennen und für seinen Lebensunterhalt sorgen.



Foto: Tobias Koch

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

4. September 2016 Tag der Ein- und Ausblicke

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe wenden wir uns direkt an Sie – mit einem lachenden und einem weinenden Auge zugleich. „Fraktion direkt“ in seiner jetzigen Form, als Ihr stetiger Begleiter durch die Sitzungswochen des Bundestages, erscheint heute zum letzten Mal. Wir bedanken uns für die Treue, die Sie uns in all den Jahren gehalten haben, und hoffen, Sie als Abonnenten zu behalten. Denn natürlich werden wir Sie weiter regelmäßig über die aktuellen Vorhaben und Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterrichten, aber in Form eines elektronischen Newsletters, den Sie nach der parlamentarischen Sommerpause jeden Freitag per E-Mail zugeschickt bekommen – also nicht nur am Ende einer jeden Sitzungswoche.

Die Printausgabe von „Fraktion direkt“ indessen bekommt eine neue Gestalt. Ab Ende September erscheint unser Heft als Monatsmagazin – in größerem Umfang und mit mehr spannenden Geschichten, interessanten Interviews und vielen Hintergrundinformationen über die aktuellen politischen Entwicklungen. Sie werden noch mehr erfahren über die Fraktion und ihre Abgeordneten, über den Alltag im Parlament und die Herausforderungen für Berlin in Europa und der Welt.

Auch „Fraktion direkt – Das Monatsmagazin“ können Sie als gedruckte Ausgabe zugeschickt bekommen oder als PDF von unserer Webseite herunterladen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducusu



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)